

# Landespolitik

## Bilanz der CDU-FDP-Koalition in Hessen von Februar 2009 bis März 2010

### Ausblick auf die kommenden Monate

#### I. Bilanz

##### Finanzen

- **Haushalt 2009 und 2010:** Der Haushalt leistet einen notwendigen Beitrag zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Er steht weiterhin im Zeichen fallender Steuereinnahmen und wachsenden Ausgaben. Neuverschuldung von 3.375,7 Millionen Euro: diese Summe bedauerlich, aber unvermeidbar, um antizyklisch in der Krise zu investieren (Gesamtschulden: rund 36 Milliarden Euro: Pro-Kopf-Quote bei den Flächenländern noch immer Platz 4)
- **Konjunkturprogramm des Bundes und des Landes:** Zur Bewältigung der Krise wurden enorme Kraftanstrengungen u. a. durch das Konjunkturpaket II des Bundes und des Sonderinvestitionsprogramms i. H. v. 2,6 Mrd. Euro unternommen. Kein anderes Bundesland unternimmt vergleichbare Anstrengungen bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Investitionen waren strukturell notwendig und nachhaltig für Bildung, Schulinfrastruktur, bauliche Maßnahmen in den Schulen der öffentlichen und freien

Träger. Einen großen Teil nimmt das Sonderinvestitionsprogramm für Schul- und Hochschulbau i. H. v. 1,7 Mrd. Euro ein. Von der Gesamtsumme von 2,6 Mrd. Euro entfallen ca. 1.871 Mio. Euro auf Investitionsmaßnahmen der Kommunen, wie z.B. Feuerwehren und Sporteinrichtungen, ca. 741 Mio. Euro für Investitionen des Landes. Die Gesamtsumme teilt sich auf in: 45,9% Schulbereich, 20,7% Hochschulbereich, 21,9% kommunale Infrastrukturinvestitionen, 7,7% Landesstraßenbau, 3,8% kommunale Krankenhäuser. Insgesamt wurden mehr als 8.000 Projekte initiiert.

- **Haushaltsstrukturkommission:** In den Koalitionsverhandlungen haben CDU und FDP verabredet, die Landesausgaben zur Bewältigung der schwierigen Haushaltssituation im Vgl. zu den Ausgaben anderer Länder zu vergleichen und zu bewerten. Die dazu eingerichtete Haushaltsstrukturkommission tagte zum ersten Mal am 09.11.2009.
- **Eröffnungsbilanz:** Hessen hat durch die erstmalige Erstellung und Veröffentlichung einer Eröffnungsbilanz eines Flächenlandes bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten ist es notwendig, mit Hilfe betriebswirtschaftlicher Steuerungssysteme sowohl den gesamten Vermögensstand als auch alle Belastungen des Landes zu kennen, um in Zukunft ressourcenschonend, effektiv und transparent wirtschaften zu können. Die Ehrlichkeit und der Mut der Hessischen Landesregierung sind vorbildlich und verdienen Hochachtung. Wir scheuen uns nicht, die gesamten Bilanzposten transparent auszuweisen - auch wenn die vorgelegte Bilanz des Landes Hessen ein negatives Eigenkapital von 58 Milliarden Euro ausweist. Dies liegt jedoch unter anderem daran, dass in der bisherigen Haushaltsbilanzierung Beihilfe- und Pensionszahlungen für Lehrer, Polizisten, Hochschulpersonal nicht ausgewiesen waren.

## Wirtschaft

- **Ausbau Flughafen Frankfurt:** Mit der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel vom 21. August 2009 ist der Weg frei für das mit 4 Mrd. Euro Investitionsvolumen größte privatfinanzierte Infrastrukturprojekt in Deutschland, das bestehende Arbeitsplätze sichern, 25.000 neue schaffen und die Rhein-Main-Region als Wirtschaftsstandort langfristig stärken wird. Das Urteil ist eine eindrucksvolle Bestätigung der Arbeit der Planfeststellungsbehörde, des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Mit der trotzdem eingelegten Revision beabsichtigen wir, in einem überschaubaren Zeitraum, wie es das Gericht selbst ermöglicht hat, beim Bundesverwaltungsgericht Rechtssicherheit darüber zu erlangen, nach welchen Maßstäben die Regelungen der Ausnahmen vom absoluten Nachtflugverbot in der Mediationsnacht (23 bis 5 Uhr) zu erfolgen hat und wie das Verhältnis von Planungsrecht (Bund) zu Landesrecht zu bewerten ist. Dies dient allen Beteiligten in der Region.
- **Flughafen Kassel-Calden** kann nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts auf der Grundlage des bereits vorliegenden Planfeststellungsbeschlusses gebaut werden.
- **WI-Bank (Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen):** Mit dem Gesetz zur Neuordnung der monetären Förderung in Hessen haben die Fraktionen von CDU und FDP die Voraussetzungen geschaffen um eine schlagkräftige und transparente Wirtschaftsförderung in Hessen zu etablieren. Mit der Zusammenführung beider Institutionen unter dem Dach der Helaba werden Doppelstrukturen vermieden und Effizienzen behoben. Davon profitieren sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die

Wirtschaft und die Kommunen, denn von der Beratung über die Begleitung von Maßnahmen bis hin zur Finanzierung wird es künftig nur eine Stelle geben, mit der man in Hessen Kontakt aufnehmen muss.

- Die **Hessen Agentur** wird zentrale operative Aufgaben auf dem Gebiet der nichtmonetären Förderung übernehmen, z. B. in den Bereichen Standortwerbung, Forschungspolitik und Tourismus wie Außenwirtschaftsförderung. Die Aufgabenzuordnung wird in nächster Zeit einer Bewertung unterzogen und neu definiert. Viele erfolgreiche Aktionslinien, wie hessen-biotech oder hessen-nanotech, die bundesweit im Bereich der Technologieförderung Beachtung finden, wären ohne die engagierte Arbeit der Hessen Agentur so nicht möglich.

## **Verkehr**

- **Landesstraßenbau allgemein:** In einem ersten Schritt haben wir die Mittel für den Straßenbau auf 150 Millionen Euro im Jahr 2009 erhöht. Um in Hessen eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur erhalten, sichern und ausbauen zu können, ist auch in den Folgejahren eine Aufstockung der Mittel vorgesehen.
- **A 44:** Mit der Gründung der Projektgruppe „Task Force“ zur A 44 wird die hohe Priorität, die dem Lückenschluss der A 44 beigemessen wird, verdeutlicht. Damit ist organisatorisch alles getan, um eine Verkehrsfreigabe bis zum Jahr 2016 zu erreichen. Die A 44 wird als künftige wirtschaftliche Lebensader der Region die Zukunftspotenziale Nordhessens verbessern. Außerdem ist es im Interesse Europas mit der A 44 ein wichtiges Bindeglied im transeuropäischen Verkehrsnetz zu schaffen, um im gesamten

Gebiet der Gemeinschaft einen auf Dauer tragbaren Personen- und Güterverkehr unter möglichst sozialen und umweltverträglichen Bedingungen zu gewährleisten.

- **A 49:** Für den nördlichsten Abschnitt der drei Planungsabschnitte der A 49 liegt das Baurecht in Form des Planfeststellungsbeschlusses vor. Die Planfeststellungsverfahren für die verbleibenden beiden Abschnitte sind so weit vorangeschritten, dass die Beschlüsse für beide Abschnitte im Jahr 2010 erwartet werden. Auch unter Berücksichtigung möglicher Klagen gegen die Beschlüsse, steht fest, dass bis zur Fertigstellung des ersten Bauabschnitts frühestens im Jahr 2015 das Baurecht für die übrigen beiden Abschnitte vorliegt. Der Bund muss nun die notwendigen und teilweise schon zugesagten Finanzmittel für den Ausbau freigeben.

## **Bildung und Schule**

- **Konzept Mittelstufenschule:** Bei der Mittelstufenschule handelt es sich um eine Schule mit einem gemeinsamen Eingang und zwei Ausgängen, die zum Hauptschul- und zum Realschulabschluss hinführen, diese Bildungsgänge aber mit einer starken Praxis- und Berufsorientierung versieht. Haupt- und Realschulen können das neue Angebot nutzen, aber auch auf eigenen Wunsch eigenständig bleiben.
- **Hessisches Schulgesetz:** Dreizügigkeit der IGSen verankert – Festschreibung des Status quo, Ziel, dem Anspruch der Schwerpunktbildung und stärkeren pädagogischen Differenzierung besser gerecht zu werden

- **Hessisches Lehrerbildungsgesetz:** Regelung zur berufsbegleitenden Qualifizierung für Seiteneinsteiger in das Lehramt
- Regelungen zur weiteren **Differenzierung der Notentabelle** für das erste und zweite Staatsexamen
- **1.000 neue Stellen im Schulbereich** im Schuljahr 2009/2010, davon 105 zusätzliche Stellen im Haushalt für Ganztageschulen (so viel wie noch nie) sowie den finanziellen Gegenwert von 65 weiteren Stellen, weitere 650 Stellen folgen im Schuljahr 2010/2011.
- Drei zusätzliche **Sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentren** und 50 Lehrerstellen für „gemeinsamen Unterricht“
- **Mehr Eigenverantwortung** für Schulen: Auf Lehrerstellen dürfen künftig auch andere Bedienstete (z.B. Schulpädagogen, Psychologen oder Verwaltungskräfte) geführt werden. Ab Schuljahresbeginn 2009/10 stehen den Schulen Mittel im Umfang von zunächst bis zu 10 Prozent nicht besetzter Stellen zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung und Verbesserung der Unterrichtsqualität zur freien Verfügung. Ziel: Schulen können so geeignetes Personal für die individuelle Förderung einsetzen und in Zeiten von Lehrermangel flexibel reagieren.
- **Lernmittel** wurden um 6,2 Millionen Euro aufgestockt (insgesamt 34 Millionen Euro)
- **Vermeidung der meisten Zusammenlegungen von Grundschulklassen** Die Klassengröße an Grundschulen wurde auf maximal 25 Kinder gesenkt.

- **Straffung der Lehrpläne** bei den G8-Gymnasien ist erfolgt. Zudem erhalten die Schulen eine **pädagogische Mittagsbetreuung**.
- Neues **Lehrerzuweisungsverfahren** (Ziel der Optimierung einer landesweit gerechten, transparenten Zuweisung)
- **Islamischer Religionsunterricht:** Unter der organisatorischen Federführung des Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa hat die Landesregierung einen runden Tisch einberufen, um mit verschiedenen Organisationen über die Einführung islamischen Religionsunterrichts ins Gespräch zu kommen
- **Beschulung Illegaler geregelt**

## Inneres

- **550 neue Polizeianwärter** wurden in 2009 eingestellt (275 bereits zum Februar, weitere 275 im September).
- Die **Beamtenbesoldung** wurde im Jahr 2009 an das Ergebnis der Tarifeinigung mit den Angestellten angepasst.
- **HSOG:** Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) haben die Koalitionsfraktionen eines der modernsten Polizeigesetze in Deutschland in den Hessischen Landtag eingebracht. Mit

einer Fülle neuer, beziehungsweise modifizierter Regelungen wird darin den technischen Neuerungen und einer zunehmend verstärkten Bedrohungslage durch terroristisch motivierte Straftäter Rechnung getragen. Dadurch wird die Sicherheit in Hessen weiter gesteigert und gleichzeitig die Bürgerrechte geschützt und gesichert. Der Einsatz von Kennzeichenlesegeräten wurde entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts geregelt, Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen zeitlich befristet und erstmals ein besonderer Schutz von Berufsheimnisträgern durch den Landesgesetzgeber vorgesehen. Des Weiteren ist nun auch bei Polizeimaßnahmen in Hessen der Kernbereich privater Lebensgestaltung in Hessen speziell berücksichtigt. Zusätzliche Eingriffsmaßnahmen wurden unter Richtervorbehalt gestellt.

- **Härtefallkommission:** Die Koalitionsfraktionen haben die Härtefallkommission verändert und dafür gesorgt, dass an der Entscheidung über Härtefälle von nun an wieder Abgeordnete, als legitimierte Vertreter der Bevölkerung, beteiligt sind. Zudem wurden Ausschlussgründe festgeschrieben, wonach Härtefallgesuche nur noch dann gestellt werden dürfen, wenn Betroffene nicht wegen erheblicher Straftaten verurteilt sind.
- **Feiertagsgesetz** (Ladenöffnungszeiten): Mit der Anpassung des Feiertagsgesetzes haben wir ein weiteres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.
- **Kriminalstatistik:** Hessen hat erneut eine beeindruckende Kriminalstatistik vorgelegt. Die Aufklärungsquote wurde um 0,7 Prozentpunkte auf 57,8 % gesteigert. Das ist die höchste Aufklärungsquote seit Erhebung der Statistik.

## Rechtspolitik

- **Wirtschaftsstaatsanwaltschaft:** Die Landesregierung hat der Bedeutung der Wirtschaftskriminalität durch den Ausbau des bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt schon bestehenden Kompetenzzentrums für Wirtschaftsstrafsachen zu einer Wirtschaftsstaatsanwaltschaft mit zusätzlichen Stellen Rechnung getragen. Hauptaufgaben der Wirtschaftsstaatsanwaltschaft sind die Verfolgung von Delikten mit Bezug zum Finanzwesen und Deliktsformen mit internationalem Bezug.
- **Nachbarrecht:** Die Landeregierung hat ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Nachbarrechts eingebracht. Mit Verabschiedung des Gesetzes wird es Grundstückseigentümern möglich sein, ihre Häuser energieeffizient mit Dämmmaßnahmen auszustatten, wobei den Interessen des benachbarten Eigentümers angemessen Rechnung zu tragen ist. So können die in den letzten Jahren immens gestiegenen Energiekosten gesenkt werden, was die eigenen Nebenkosten der Eigentümer und Vermieter minimiert, den Mietmarkt belebt und eine wichtige, in Zukunftstechnologien investierende Branche fördert.
- **Justizstandort Frankfurt am Main:** Mit der Entscheidung, die Justizbehörden am bisherigen Standort an der Konstablerwache in der Frankfurter Innenstadt zu belassen, wurde eine wichtige Standortfrage zugunsten des bisherigen, innerstädtischen Standorts getroffen.
- **eJustice:** Hessen behält seine führende Position im Ländervergleich beim Ausbau der Justiz mit moderner IT Technologie bei. Das Projekt elektronische Gerichtsakte im

Ordnungswidrigkeitenverfahren soll stufenweise hessenweit ausgebaut werden. Das spart Ressourcen und vereinfacht die Verwaltungsabläufe.

## **Integration**

- Es wurde eine selbständige **Integrationsabteilung** im neuen Ministerium für Justiz und Integration eingerichtet.
- **Modellregion Integration:** Die Umsetzung erfolgreicher Integrationspolitik ist ein wichtiger Schwerpunkt der Hessischen Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode. Vor allem soll eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben erlangt werden. Die Hessische Landesregierung will mit dem neu entwickelten Programm „**Modellregionen Integration**“ Motor sein für die Entwicklung einer wegweisenden und erfolgreichen Integrationspolitik in Hessen. Mit den ausgewählten Städten und Landkreisen Offenbach, Wetzlar, Wiesbaden, Kassel, Hochtaunuskreis und Main-Kinzig-Kreis mit Hanau soll bis zum Jahr 2013 ein ganzheitliches Handlungskonzept ausgearbeitet werden, das beispielgebend auch für andere Kommunen sein kann.

## **Europapolitik**

- **Begleitgesetz II:** Die Landesregierung hat sich im Zuge der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag für eine Stärkung der Länder und der Länderparlamente in Fragen des europäischen Integrationsprozesses engagiert.

- **Deutsche Sprache:** Die Landesregierung hat sich für die Stärkung der deutschen Sprache auf europäischer Ebene engagiert, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen bei europäischen Ausschreibungen zu verhindern. Der zuständige EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit Leonard Orban hat zwischenzeitlich darauf hingewiesen, dass Antragsformulare auf Deutsch bei der Kommission angefordert werden können.

## **Gesundheit / Soziales**

- **Landessozialbericht:** Mit der Implementierung eines Landessozialberichts hat die Koalition die Grundlage für eine umfangreiche Analyse der sozialen Verhältnisse einzelner Bevölkerungsgruppen nach regionalen und sozialräumlichen Aspekten gelegt. Darin werden die sozioökonomische Lage in Hessen, Betrachtungen der Einzelthemen und Zielgruppen sowie Stellungnahmen der Kommunen statistisch aufbereitet. Durch die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen gemeinsam mit Verbänden und Kommunen wird die Sozialpolitik in Zukunft noch zielgerichteter erfolgen.
- **Kinderschutz:** Hessen ist mit dem landeseigenen Kinderschutzgesetz Vorreiter bei verbindlichen Früherkennungsuntersuchungen. Wir werden den Kinderschutz auch weiterhin stärken. Dazu soll das Netz zum Schutz der Kinder, das flächendeckende Frühwarnsystem gegen Kindesmisshandlung und Verwahrlosung ausgebaut und das Modellprojekt "Keiner fällt durchs Netz" erweitert werden. Zum Schutz vor Misshandlungen und Verwahrlosung werden wir die bestehenden Strukturen besser

miteinander vernetzen. In diesem Zusammenhang wird auch der Einsatz von Familienhebammen flächendeckend ausgebaut.

- **Kinderbetreuung:** Wir haben die Versorgungsquote von 20 Prozent bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ein Jahr früher erreicht als vom Bund vorgegeben. Durch die Schaffung von finanziellen Spielräumen für einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung geht die Koalition auf ihrem Weg zu einem kinderfreundlichen Hessen weiter voran.
- **Gleichstellung von Menschen mit Behinderung:** Mit der Novellierung des Hessischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung haben wir werden die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben weiter gefördert und werden die Barrierefreiheit weiter ausbauen. Die Kommunen sollen zukünftig einen Umsetzungsplan zur Herstellung der Chancengleichheit erstellen, um die Erfolge bei der Behindertengleichstellung nachvollziehen zu können.
- **Nichtraucherschutz:** Nach Maßgabe des Bundesverfassungsgerichtes wurde das Nichtraucherschutzgesetz angepasst. Der Kern des Nichtraucherschutzes durch ein konsequentes Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Behörden, Kinder- und Jugend- bzw. Bildungseinrichtungen sowie Gesundheitseinrichtungen bleibt erhalten. Dies gilt ebenso für die speiseorientierte Gastronomie.

## **Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

- Im Rahmen der **Nachhaltigkeitsstrategie** wurde die Umsetzung von 14 Startprojekten beschlossen. Diese Projekte haben ein Gesamtfinanzvolumen von rund 6,2 Millionen Euro und umfassen exemplarisch die Themenbereiche Energie, Klimaschutz und Artenvielfalt.
- Mit der Novelle des **Nachbarrechts** hat die Koalition die Bedingungen zur energetischen Gebäudesanierung deutlich verbessert.
- **Liquiditätsprogramm:** Das Land Hessen fördert die Verbilligung von Kapitalmarktdarlehen der Landwirtschaftlichen Rentenbank über einen ermäßigten Darlehenszinssatz. Dies hilft landwirtschaftlichen Betrieben, die aufgrund der aktuellen Entwicklung auf den Agrarmärkten, insbesondere auf dem Milchmarkt, in Schwierigkeiten geraten sind, bei der Überbrückung von Liquiditätsengpässen.
- Der nach der **EU-Wasserrahmenrichtlinie** zu erreichende bzw. zu erhaltende gute Zustand des Oberflächen- und Grundwassers wird im Sinne des Wasserschutzes und unter Berücksichtigung der Belange der Grundstücksnutzer umgesetzt. Nach einem umfangreichen öffentlichen Anhörungsverfahren wurden der Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm für die hessischen Gewässer am 21.12.2009 veröffentlicht. Bis zum Jahr 2027 ist das anspruchsvollste Projekt in der Geschichte der Wasserwirtschaft umzusetzen und wird mit insgesamt 2 Milliarden Euro veranschlagt.
- **Konzept 20 Prozent erneuerbare Energien bis 2020:** Die Landesregierung hat ein solides Konzept vorgelegt, um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, den Endenergiebedarf (ohne Verkehr) bis zum Jahr 2020 zu 20 Prozent auf Grundlage erneuerbarer Energien

zu decken. Dieses umfasst sowohl ambitionierte Vorgaben zur Reduzierung des Endenergieverbrauchs um 20% wie auch zur gezielten Nutzung der erneuerbaren Energien. Den größten Anteil nimmt die Biomasse mit etwa 43% ein, aber auch Solarenergie, Wasserkraft und Windkraft leisten ihren Beitrag. Zur Erfüllung der Kriterien von sicherer Energieverfügbarkeit, preiswerter Energieversorgung und sauberer Energieerzeugung ist auch weiterhin ein Mix von regenerativen Energien, Kernenergie und Energie aus fossilen Quellen notwendig.

## Wissenschaft und Hochschule

- Anfang Juni ist die Entscheidung zur zweiten Förderstaffel der hessischen **Exzellenzinitiative LOEWE** gefallen. Im Rahmen des Förderprogramms werden sechs Projekte ab 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2012 mit insgesamt rund **53,4 Millionen Euro** gefördert. Ab 2010 sollen jährlich 90 Millionen Euro für die zusätzliche Förderung von hervorragenden Forschungsvorhaben zur Verfügung gestellt werden.
- **HEUREKA:** Wir werden das in der vergangenen Legislaturperiode aufgelegte Bau- und Investitionsprogramm für die hessischen Hochschulen (HEUREKA) mit einem Gesamtvolumen von **3 Milliarden Euro bis 2020** fortsetzen.  
Richtfest für das Biologicum + Grundstein Neubau für das Exzellenzcluster Makromolekulare Komplexe und Neubau für Infrastrukturzentrum mit Bereichsbibliothek, Hörsaalzentrum und Cafeteria in Frankfurt a. M. (Gesamtvolumen 145 Mio. Euro).
- Die **European Business School (EBS)** wird ihre juristische Fakultät am Standort Wiesbaden gründen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde Anfang Juni offiziell vom Land Hessen, von der Stadt Wiesbaden und von der EBS unterzeichnet. Mit

Gründung der Law School als zweiter Fakultät will sich die EBS zu einer Spitzenuniversität für Wirtschaft und Recht entwickeln, die auch international konkurrenzfähig ist. Das Land unterstützt damit auch die Weiternutzung des Gebäudes des alten Landgerichtes, das seinen Sitz in einem neuen Justizzentrum erhalten wird.

## **Kultur und Kunst**

- **Kultur:** Land steuert **8 Millionen Euro zur Bundesförderung von Kloster Lorsch, Grube Messel, Oberes Mittelrheintal und Limes** aus dem Investitionsprogramm für nationale UNESCO-Welterbestätten bei
- Richtfest **Keltenmuseum am Glauberg**
- Abschluss der Baumaßnahmen im **Archäologischen Park Saalburg**

## **II. Ausblick auf die kommenden Monate**

### **Finanzen**

- **Schuldenbremse:** Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2020 bleibt bestehen. Dazu verpflichtet schon die im Grundgesetz enthaltene Schuldenbremse. Die Koalition prüft, ob zusätzlich dazu eine Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen

Verfassung notwendig ist. Die CDU steht für eine langfristig solide und tragfähige Finanzpolitik im Sinne der Generationengerechtigkeit.

- **Länderfinanzausgleich:** Der LFA wurde 2001 mit Wirkung ab dem Jahr 2005 neu geordnet. Ohne diese Neuordnung hätte Hessen bis 2008 ca. 450 Mio. Euro mehr in den LFA zahlen müssen. Im HH 2010 sind 2,17 Mio. Euro für LFA etatisiert (in 2009 waren es 2,285 Mio. Euro). Hessen fühlt sich der Solidarität gegenüber anderen Bundesländern verpflichtet, allerdings ist es absurd, dass nur 4 Bundesländer die übrigen 12 finanzieren. Hessen hätte ohne die Zahlungen in den LFA keine Schulden machen müssen. Hessen zahlte doppelt so viel in LFA ein (rd. 25 Mrd. Euro), als es an Krediten (rd. 13 Mrd. Euro) aufnahm. Hessen steht nach Abfluss der Gelder in den LFA schlechter da, als viele Nehmerländer. Dies widerspricht dem eigentlichen Sinn und Zweck des LFA. Es wäre wünschenswert, wenn alle Länder an einem Strang ziehen würden und sich für ein gerechteres und einfacheres Ausgleichssystem einsetzen würden. Die Koalition wird sich in Verhandlungen mit den anderen Bundesländern für eine einvernehmliche Lösung einsetzen, parallel dazu aber die Möglichkeit einer Klagemöglichkeit gegen die gegenwärtige Ausgestaltung des LFA prüfen.

## **Wirtschaft**

- **Breitband:** Die Fraktionen von CDU und FDP werden gemeinsam mit den Netzbetreibern und den kommunalen Vertretern die Versorgung des ländlichen Raumes mit leistungsstarken Internetanschlüssen vorantreiben. Hierzu wurde in einem ersten

Schritt eine Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung beschlossen.

- Zu den Aufgaben des kommenden Jahres zählt die **Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans (LEP)**, da der alte LEP Anfang 2011 außer Kraft tritt. Erforderlich ist auch eine Anpassung des hessischen Landesplanungsgesetzes an das Raumordnungsgesetz des Bundes.
- Mit Blick auf die Wirtschaftskrise ist eine **Intensivierung der Firmenberatung**, u.a. durch Einrichtung einer Telefon-Hotline und befristete Einstellung zusätzlicher Kräfte geplant.
- In der beruflichen Weiterbildung soll die **Möglichkeit des Dualen Studiums** bekannter gemacht werden und dabei gezielt kleine und mittlere Unternehmen angesprochen werden.

## **Bildung und Schule**

- Realisierung der „**Selbständigen Schule**“: Erarbeitung eines Fahrplans von Seiten des Hessischen Kultusministeriums, der die Personal- und Finanzhoheit auf die Schulen übertragen soll.
- Situation der **Privatschulen in Hessen** verbessern durch mehr Transparenz bei der Ersatzschulfinanzierung

- **Hessencampus:** Fortführung und Ausbau des Programms (Unterstützung der positiven Entwicklungsschritte durch das Land)
- **Reduzierung der Klassengrößen** in den Eingangsklassen
- **Reform der Lehrerausbildung:** Einführung eines Praxissemesters
- **Änderung des Schulgesetzes:** Umsetzung des Konzeptes Mittelstufenschule
- **Schulvorbereitungsjahr:** Das letzte Kindergartenjahr wird ein besonderes Schulvorbereitungsjahr, um die Startchancen aller Kinder zu Beginn der Grundschulzeit deutlich zu verbessern.
- **Führungsakademie:** Der enorme Bedarf an Nachwuchsführungskräften wird nichtausreichend durch Bewerberinnen und Bewerber gedeckt. Die Hessische Landesregierung hat sich entscheiden, eine Führungsakademie für Führungskräfte einzurichten, um dieser Entwicklung gerecht zu werden.

## Inneres

- **Datenschutz:** Die Koalitionsfraktionen werden dem Koalitionsvertrag entsprechend mögliche Verbesserungen im Bereich des Datenschutzes prüfen. Ein entsprechendes Gutachten wurde vom Hessischen Datenschutzbeauftragten, Prof. Dr. Ronellenfitsch, bereits zugesagt.

- Einstellung von **550 Polizeianwärttern**: d.h. damit besteht auch im Jahr 2010 die Möglichkeit, über den erwarteten Abgang einzustellen und damit langsam die vorhandenen Besetzungslücken zu schließen. Die Wachpolizei wird ab dem **Haushaltsjahr 2010** nur noch auf Angestelltenstellen geführt. Keine Polizeivollzugstelle ist mehr mit Wachpolizisten in 2010 besetzt. Wo Polizei drauf steht, ist auch Polizei drin.
- **Dienstrechtsreform**: Nach der Vorstellung des parteiübergreifenden Mediatorenberichts im Dezember 2009 soll ein „Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen“ (sogenanntes „Vorschaltgesetz“) basierend auf Vorschlägen der Mediatorengruppe im März 2010 in den Landtag eingebracht werden.
- **Volksbegehren**: Umsetzung des Koalitionsvertrages. CDU und FDP werden Anfang des Jahres 2010 ihren Gesetzentwurf zur vereinfachten Durchführung von Volksbegehren in den Hessischen Landtag einbringen. (Verlängerung der Eintragsfrist von 14 Tagen auf 2 Monate, Senkung des Zulassungsquorums von 3 auf 2 Prozent)
- **Kommunalwahlgesetz**: Umsetzung des Koalitionsvertrages. CDU und FDP haben bereits Ende 2009 einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der rechtzeitig 1 Jahr vor der Kommunalwahl im März 2011 in Kraft treten soll. Inhalt: Die Informationen auf dem Stimmzettel zur Kommunalwahl sollen für jede Bewerberin und jeden Bewerber um die Angabe des Berufs oder Standes, des Geburtsjahres und des vom Familiennamen abweichenden Geburtsnamens erweitert werden können. Darüber hinaus wird in Gemeinden mit bis zu 23 Gemeindevertretern das Institut der Ein-Personen-Fraktion wieder eingeführt.

## Rechtspolitik

- Im November 2009 wurde ein **Gesetzentwurf zur Schaffung eines hessischen Erwachsenen- und Untersuchungshaftgesetz** in den Landtag eingebracht, nachdem die Länder nach der Föderalismusreform eigenständig für die Bereiche zuständig sind. Kern: Eingliederung und die Sicherheit der Allgemeinheit werden als gleichrangige Vollzugsaufgaben gesetzlich normiert. Der geschlossene Vollzug wird als Regelvollzug gesetzlich fixiert.
- **Lebenspartnerschaften:** Bereits Ende 2009 haben CDU und FDP einen Gesetzentwurf zur Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Landesrecht in den Landtag eingebracht. Damit setzt die Regierungskoalition einen weiteren Punkt des Koalitionsvertrages um.

## Europapolitik

- **EU-Beratungszentrum:** Durch die Einrichtung eines EU-Beratungszentrums stellt die Landesregierung eine zentrale Service-Stelle zur Verfügung, die hessische Antragsteller bei Anträgen auf Fördermaßnahmen der Europäischen Union kompetent unterstützt und die bereits bestehenden Beratungsstellen vernetzt.
- **Stärkung der Europafähigkeit:** Die Landesregierung wird die Europafähigkeit von Hessen fortentwickeln. Innerhalb der Landesregierung wird es Europakoordinatoren geben, die die Aktivitäten der Landesregierung mit Europabezug begleiten. Auch die Landesvertretung in Brüssel wird als Knotenpunkt im hessischen Europeanetz – mit weiteren Partnern – weiter gestärkt, um hessische Interessen frühzeitig in die europäischen Entscheidungsprozessen einfließen zu lassen.

- Die hessische Landesregierung strebt eine **Partnerschaft mit einer Region in der Türkei** an, die im Geiste der bisher bestehenden Regionalpartnerschaften Hessens etabliert sowie wirtschaftlich und politisch gestaltet werden soll.

## **Gesundheit / Soziales**

- **Bildungs- und Erziehungsplan:** Wir werden den bundesweit vorbildlichen Bildungs- und Erziehungsplan weiter konsequent umzusetzen und in seinem Rahmen die Einführung einer Schulvorbereitungsphase erproben.
- **Qualitätsoffensive Kinderbetreuung:** Die Mindestverordnung, die Erhöhung der Qualitätsstandards (Personalschlüssel und Gruppengrößen), wird flexibel bis 2012 umgesetzt. Darüber hinaus soll eine Kita-Qualitätsplakette eingeführt werden, um die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen für Eltern transparent zu machen.
- **Krankenhausgesetz:** In diesem Jahr werden wir das Gesetz zur Weiterentwicklung des Krankenhauswesens in Hessen novellieren, um die Versorgung auf hohem Niveau auch weiterhin gewährleisten zu können.
- **Ambulante Versorgung:** Anfang 2010 wird ein Konzept zur Sicherstellung der flächendeckenden ambulanten Versorgung in Hessen vorgelegt.

- **Hessisches Onkologiekonzept:** Das Land Hessen wird 2010 ein Konzept zur Versorgung von Krebskranken vorlegen, wodurch deren Betreuungs- und Versorgungssituation weiter verbessert werden soll.
- Die Koalition wird eine **Reform der Erweiterten Honorarverteilung** (EHV) auf den Weg bringen, die die Altersversorgung der Ärzte auf eine solide und langfristig tragfähige Grundlage stellt.
- **SGB II Reform:** Bei der Reform der Verwaltungsstrukturen der Betreuung und Vermittlung von Arbeitssuchenden wird sich Hessen dafür einsetzen, dass auch zukünftig die Unterstützung für Arbeitssuchende aus einer Hand erfolgen kann. Zudem setzen wir uns für eine Erweiterung des in Hessen erfolgreichen Optionsmodells, der kommunalen Selbstverwaltung bei der Betreuung und Vermittlung von Arbeitssuchenden, ein.

## **Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

- Fortsetzung der **Nachhaltigkeitsstrategie:** Neben der Umsetzung der begonnenen Startprojekte sind für die nächste Phase neue Projekte zu den Themen Flächenmanagement, Mobilität und Gewässerschutz in Planung. Beratungs- und Informationsangebote für Bevölkerung intensivieren.
- Nach Abschluss der **Laser-Scann-Befliegung** von ganz Hessen wird die Eignung der verfügbaren Dachflächen für Photovoltaikanlagen in einem Solarkataster veröffentlicht.

- Im Hinblick auf **Umsetzung des Energiekonzeptes** sind die Ausweisung interkommunaler Energieparks mit Unterstützung der Landesregierung, die Einrichtung von Modellregionen „Erneuerbarer Energie“ und der Erlass von Nachhaltigkeitsgesetzen für Energie und Klimaschutz vorgesehen.

## **Wissenschaft und Forschung**

- **Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG):** Noch in diesem Jahr wird das HHG novelliert. Ziele sind dabei die Stärkung und der Ausbau der Autonomie der Hochschulen, die Verlagerung von Kompetenzen aus dem Ministerium zu den Hochschulen und deren Gremien sowie die Anpassung der gesetzlichen Regelungen an gestufte Studienstrukturen und Steigerung der Durchlässigkeit. Damit werden die Hochschulen in zentralen Bereichen in stärkerem Maße als bisher völlig eigenständig handeln und sich im Wettbewerb mit anderen Standorten messen und profilieren können. Wir stärken das familienfreundliche Studium, indem in den Regelungen der Prüfungsordnungen zum Nachteilsausgleich auch Erkrankungen von betreuungsbedürftigen Kindern und von pflegebedürftigen Angehörigen zu berücksichtigen sind. Wir machen die Arbeit des Hochschulrates im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hochschulen transparent. Wir verbreitern den Hochschulzugang, indem wir ausdrücklich auf Aufstiegsfortbildungsabschlüsse verweisen, welche dem Meister gleichgestellt sind (z. B. Fachwirte). Zudem wird die Möglichkeit, in den ersten zwei Semestern studienbegleitend bestimmte Prüfungen und Leistungsnachweise, welche nach der Prüfungsordnung für die Aufnahme erforderlich sind, nachzuholen, auch bei den zulassungsbeschränkten Studiengängen erhalten

bleiben. In der studentischen Selbstverwaltung wird weiterhin ein Rechnungsprüfungsausschuss vorgesehen.

Zudem bleibt der Modell- und Pioniercharakter der TU Darmstadt hinsichtlich der Position des Hochschulrates wie bislang bestehen. Dies machen wir auch durch den Erhalt des dazu gehörenden Gesetzes deutlich, das nicht im HHG aufgeht.

- **Bachelor-Master** (Hintergrundinformation): Setzt sich die Schule einfach nur drei Jahre fort, verbleibt aufgrund der Prüfungslast kaum noch Raum für das grundlegende Aneignen von Fachwissen, halte ich dies für problematisch. Gleichzeitig gilt, die Hochschulen verfügen bundesweit über ein einzigartiges Maß an Autonomie. Sie organisieren die Studiengänge, vielfach genehmigen sie selbst die Prüfungsordnungen. Sie haben in großen Teilen auch die Freiheit, einen Bachelor-Studiengang auch sieben oder acht Semester dauern zu lassen. Niemand zwingt sie, den Stoff eines fünfjährigen Diplom-Studienganges nun in drei Jahren vermitteln zu wollen. Auch die finanzielle Ausstattung, die ja für bessere Betreuungsverhältnisse erforderlich ist, haben wir in den letzten Jahren kontinuierlich angehoben. Auch ohne Studienbeiträge in Hessen haben wir die Mittel im Hochschulbereich **seit 1999 um 500 Millionen Euro auf insgesamt 1,4 Milliarden Euro** erhöht. Mittel, die von den Hochschulen weitgehend selbstbestimmt eingesetzt werden können.

## **Kultur und Kunst**

- **Haus der Geschichte:** Hessen soll einen zentralen Ort zur Darstellung der Landesgeschichte erhalten. Daher wird der bereits in den letzten Jahren begonnene

Dialog zur Umsetzung dieses Vorhabens fortgeführt. Aufgrund der Haushaltssituation wird es zunächst aber wohl auf ein virtuelles Haus der Geschichte hinauslaufen.